



# **Resilienz gegenüber ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung im Informationsraum (FIMI)**

**– Fallstudien in Osteuropa, den  
westlichen Balkanstaaten und Türkiye**

**IRIS**

Eine Publikation  
der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle



IRIS 2025

**Resilienz gegenüber ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung im Informationsraum (FIMI) – Fallstudien in Osteuropa, den westlichen Balkanstaaten und Türkei**

Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, 2025

ISSN 2079-1062

**Verlagsleitung** – Pauline Durand-Vialle, Geschäftsführende Direktorin

**Redaktionelle Betreuung** – Maja Cappello, Leiterin der Abteilung für juristische Informationen

Europäische Audiovisuelle Informationsstelle

**Redaktionelles Team** – Maja Cappello, Sophie Valais, Olivier Hermanns, Amélie Lacourt

Europäische Audiovisuelle Informationsstelle

**Verfasser**

Andrei Richter, Comenius-Universität, Bratislava

**Korrektur**

Barbara Grockenberger

**Übersetzung**

Ulrike Welsch

**Redaktionsassistentin** – Alexandra Ross

**Presse und PR** – Alison Hindhaugh, [alison.hindhaugh@coe.int](mailto:alison.hindhaugh@coe.int)

Europäische Audiovisuelle Informationsstelle

**Herausgeber**

Europäische Audiovisuelle Informationsstelle

76, allée de la Robertsau, 67000 Straßburg, Frankreich

Tel.: +33 (0)3 90 21 60 00

[iris.obs@coe.int](mailto:iris.obs@coe.int)

[www.obs.coe.int](http://www.obs.coe.int)

**Titellayout** – ALTRAN, Frankreich

Bitte zitieren Sie diese Publikation wie folgt:

Richter, A., *Resilienz gegenüber ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung im Informationsraum (FIMI) – Fallstudien in Osteuropa, den westlichen Balkanstaaten und Türkei*, IRIS, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, November 2025

© Europäische Audiovisuelle Informationsstelle (Europarat), Straßburg, 2025

Die in diesem Bericht enthaltenen Aussagen geben die Meinung der Verfasser wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle, ihrer Mitglieder oder des Europarats dar.

In diesem Dokument/Bericht verwenden wir zur besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit geschlechtsspezifische Begriffe. Wo immer möglich, streben wir eine geschlechtsneutrale Formulierung an. Bitte beachten Sie, dass alle Bezeichnungen geschlechtsneutral zu verstehen sind und alle Geschlechter gleichermaßen einschließen.

# **Resilienz gegenüber ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung im Informationsraum (FIMI) - Fallstudien in Osteuropa, den westlichen Balkanstaaten und Türkiye**

**Andrei Richter**



# Vorwort

Das Phänomen der politischen Manipulation durch ausländische Mächte lässt sich bis zu den Anfängen der Zivilisation zurückverfolgen. Zur Veranschaulichung können wir die Handlungen des athenischen Flottenkommandanten Themistokles betrachten, der durch gefälschte Lageberichte den persischen König Xerxes täuschte und so den griechischen Streitkräften einen entscheidenden Sieg in der ausschlaggebenden Schlacht von Salamis (480 v. Chr.) ermöglichte. Auch die Bedeutung neuer Technologien für die Verbreitung von Informationen ist nicht neu: Man denke nur an die zentrale Rolle, welche die Druckerpresse bei der Verbreitung der Reformation in ganz Europa spielte, ohne dabei jedoch außer Acht zu lassen, dass der Begriff „Propaganda“ selbst erstmals im Zusammenhang mit der *Sacra Congregatio de Propaganda Fide* geprägt wurde, einer von der katholischen Kirche angeführten Initiative zur Gegenreformation mit dem Ziel, die Grundsätze des Glaubens weltweit zu propagieren.

Die Verbindung von politischer Manipulation durch ausländische Mächte mit dem Einsatz neuer Technologien ist zwar keineswegs ein neues Phänomen, doch lässt sich nicht leugnen, dass die sogenannte ausländische Informationsmanipulation und Einmischung (FIMI) im 21. Jahrhundert ein beispielloses Maß an Raffinesse und Einfluss erreicht hat, sodass die Entwicklung neuartiger Instrumente zu ihrer Bekämpfung erforderlich ist.

Der vorliegende, von Andrei Richter (Comenius-Universität, Bratislava) verfasste Bericht soll einen umfassenden Überblick über die Maßnahmen der EU zur Bekämpfung von FIMI geben, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den Außenpolitischen Initiativen und den verschiedenen Bemühungen und Projekten liegt, welche die EU und ihre Partner in diesem Zusammenhang in der Schwarzmeerregion und auf dem Westbalkan unterstützen.

Der Bericht beginnt mit einer Einführung in den Begriff FIMI und untersucht, wie diese Form der Informationsmanipulation demokratische Prozesse und den sozialen Zusammenhalt bedroht. Dabei werden die zunehmende Komplexität hybrider Informationsbedrohungen in den östlichen Regionen Europas hervorgehoben, die geopolitischen Aspekte der FIMI in den entsprechenden Kontext eingeordnet und der sich weiterentwickelnde Ansatz der EU in Bezug auf die Resilienz als Kernkomponente ihrer Erweiterung sowie die Maßnahmen der Nachbarländer zur Bekämpfung dieser Bedrohung unterstrichen. Außerdem werden die Rechtsvorschriften und die Politik der EU beschrieben, wobei insbesondere auf die FIMI-Toolbox eingegangen wird, ein umfassendes Instrumentarium der EU, das darauf abzielt, das Lagebewusstsein, den Resilienzaufbau und die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Darüber hinaus werden Initiativen des Europarates vorgestellt, wie beispielsweise der Bericht über Informationsunordnung, Entschließungen der Parlamentarischen Versammlung zu Onlinemedien und Propaganda sowie die Empfehlung zur Förderung eines günstigen Umfelds für Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter. Die Veröffentlichung enthält auch eine Auswahl von Fallstudien aus Osteuropa, den westlichen Balkanstaaten und Türkiye.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber FIMI von einem ausgewogenen Ansatz abhängt: einer Kombination aus rechtlichen Schutzmaßnahmen, internationaler Koordination und Stärkung der Basis. Der

Autor fordert anhaltende Wachsamkeit, sektorübergreifende Zusammenarbeit und nachhaltige Investitionen in Medienkompetenz und unabhängigen Journalismus in ganz Europa.

Viel Vergnügen beim Lesen!

Straßburg, November 2025

Maja Cappello  
IRIS-Koordinatorin  
Leiterin der Abteilung für juristische Informationen  
Europäische Audiovisuelle Informationsstelle

# Inhaltsverzeichnis

---

|   |           |
|---|-----------|
| <b>1. Einleitung.....</b>   | <b>1</b>  |
| 2.1 Historischer Überblick.....   | 4         |
| 2.2 Die FIMI-Toolbox .....  | 6         |
| 2.3 Der Beitrag des Europarates .....                                       | 12        |
| <br>  |           |
| <b>3. EU-Projekte zur Stärkung der Resilienz im erweiterten Europa.....</b> | <b>15</b> |
| 3.1 Osteuropa und Südosteuropa.....   | 15        |
| 3.1.1 Georgien.....   | 16        |
| 3.1.2 Moldau .....  | 19        |
| 3.1.3 Ukraine.....  | 21        |
| 3.2 Westliche Balkanstaaten.....  | 23        |
| 3.3 Türkiye .....   | 25        |
| <br>  |           |
| <b>4. Schlussfolgerungen .....</b>  | <b>27</b> |

## **Abbildungen**

|              |   |    |
|--------------|---|----|
| Abbildung 1. | Visuelle Darstellung der FIMI-Toolbox ..... | 11 |
|--------------|---|----|



# 1. Einleitung

Dieser Forschungsbericht befasst sich mit der Schwarzmeerregion, die bereits Gegenstand von Berichten war,<sup>1</sup> sowie mit den westlichen Balkanstaaten. Er geht über die Regulierung audiovisueller Medien hinaus und behandelt den neuen Bereich des Resilienzaufbaus im Hinblick auf die Gefahren ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung (*foreign information manipulation and interference*, FIMI) und erläutert, wie die Europäische Union (EU) die Widerstandsfähigkeit gegenüber FIMI in diesen Teilen des erweiterten Europas stärken will.

Ausländische Informationsmanipulation und Einmischung werden vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) der EU definiert als „ein meist nicht illegales Verhaltensmuster, das Werte, Verfahren und politische Prozesse bedroht oder negativ beeinflussen kann. Derartige Aktivitäten sind manipulativer Natur und werden von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren, einschließlich ihrer Stellvertreter innerhalb und außerhalb ihres eigenen Hoheitsgebiets, absichtlich und koordiniert durchgeführt.“<sup>2</sup>

Als der Begriff FIMI vom EAD offiziell eingeführt wurde, wurde er unter Bezugnahme auf Desinformation beschrieben. Die beiden Begriffe „überschneiden sich absichtlich“, wobei FIMI „gleichzeitig enger und weiter gefasst“ ist. Laut dem EAD ist FIMI weiter gefasst, da der Begriff „nicht voraussetzt, dass die von den Bedrohungskräften verbreiteten Informationen nachweislich falsch oder irreführend sind“. Ob etwas als FIMI angesehen werden kann oder nicht, hängt also davon ab, ob ein betrügerisches oder manipulatives Verhalten vorliegt, und nicht davon, ob der Inhalt falsch oder irreführend ist.<sup>3</sup>

Zugleich ist der Begriff FIMI in dem Sinne enger gefasst als Desinformation, als er nur als „Informationsmanipulation durch Akteure außerhalb der EU und ihrer Mitgliedsstaaten“ verstanden wird und „nicht für inländische Quellen gilt“.<sup>4</sup> Eine derart enge Definition des Begriffs „ausländisch“ wurde fast umgehend von anderen im Bereich der Bekämpfung von FIMI tätigen Analystinnen und Analysten des Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, einer Denkfabrik der EU, infrage gestellt. Erstens argumentierten sie, dass diese Kategorie nur einen „begrenzten analytischen Wert“ habe, da Medienräume tendenziell sehr durchlässig seien und keine klaren geografischen

<sup>1</sup> Richter, A., Medienrecht und Medienpolitik in ausgewählten Ländern der Schwarzmeerregion, IRIS Extra, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, September 2023; Richter, A., Medienpluralismus in ausgewählten Ländern der Schwarzmeerregion: der Einfluss europäischer Standards, IRIS, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, Oktober 2024.

<sup>2</sup> EAD, 1st EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats – Towards a framework for networked defence, Februar 2023, S. 4.

<sup>3</sup> Ebd., S. 25.

<sup>4</sup> Ebd.



Grenzen aufwiesen. Zweitens beriefen sie sich auf „komplexe Fragen der Nähe, Zugehörigkeit und politischen Loyalitäten“. Zur Untermauerung ihrer These führten die Analysten Belege aus den westlichen Balkanstaaten an, wo „gemeinsame Sprachen eine nahezu unmittelbare Übernahme und Verschmelzung von Inhalten“ über nationale Grenzen hinweg ermöglichen. „Noch wichtiger ist, dass sich in einigen Ländern der Region bedeutende Teile der Bevölkerung mit ethnischen Gruppen identifizieren, die in Nachbarstaaten die Mehrheit bilden.“ Sie nehmen Medieninhalte oder Akteure, die ihrer eigenen Gesinnung entsprechen, möglicherweise nicht als ausländisch wahr.<sup>5</sup> So hat FIMI den Weg für DIMI (*domestic information manipulation and interference*, inländische Informationsmanipulation und Einmischung) geebnet, einen noch unerforschten Begriff. Diese behavioristische Herangehensweise an Fragen der Regulierung von Medieninhalten sorgt unter Fachleuten für Völkerrecht für Diskussionen,<sup>6</sup> sodass EU DisinfoLab vernünftigerweise zu dem Schluss kommt, dass „FIMI in seiner aktuellen Form keine funktionale Definition, sondern eher ein Handlungsauftrag ist“.<sup>7</sup>

Mittlerweile haben die EU-Institutionen stetig eine Vielzahl von Entschließungen, Strategischen Mitteilungen, Schlussfolgerungen und Aktionsplänen verabschiedet und umgesetzt, die insbesondere der Verbreitung von Propaganda und hybriden Bedrohungen Grenzen setzen sollen. Zusammengenommen bilden diese Maßnahmen eine koordinierte politische Reaktion auf EU-Ebene.<sup>8</sup> Während sie im Allgemeinen darauf ausgerichtet sind, Barrieren für schädliche Propaganda und Desinformation an den Außengrenzen der Union zu errichten, zielen einige auch darauf ab, diese Phänomene weltweit zu untersuchen, zu beobachten und zu verhindern: in Lateinamerika, Afrika und Asien sowie in den Nachbarländern der EU.<sup>9</sup>

Darüber hinaus arbeitet die EU sowohl mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen und regionalen Organisationen als auch innerhalb dieser Organisationen an der Entwicklung internationaler Grundsätze zu Desinformation und FIMI. Diese Grundsätze sollen „die Menschenrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt achten und weiterhin großen Nachdruck auf die Förderung der Meinungsfreiheit, unabhängiger Medien sowie des Schutzes und der Sicherheit von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern legen“.<sup>10</sup>

Die EU-Politik legt nahe, dass bei der Bewältigung umfassender Sicherheitsfragen in Europa und auf der ganzen Welt militärischen und anderen hybriden Bedrohungen durch medienbezogene Maßnahmen sowie durch weltweite Unterstützungs- und

---

<sup>5</sup> Morača, T. et al., *Feeling the pulse: Countering foreign information manipulation and interference in Africa and the Western Balkans*, Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, 23. Oktober 2023.

<sup>6</sup> Siehe beispielsweise: Dias T., *Study on International Norms for Foreign Information Manipulation and Interference (FIMI)*, EAD der EU, November 2023, und Proto, L., Lamoso-González, P. & García, L., „The EU's FIMI Turn: How the European Union External Action Service Reframed the Disinformation Fight“, *Media and Communication*, Band 13 (2025), Artikel 9474.

<sup>7</sup> Disinfo.EU, *Tackling foreign information manipulation and interference in Europe*, Juni 2024.

<sup>8</sup> Richter, A., „*International legal responses to 'propaganda for war' in modern warfare*“, *Journal of International Media & Entertainment Law*, Band 10, Nr. 1, 2023–2024.

<sup>9</sup> EAD, *Information Integrity and Countering Foreign Information Manipulation & Interference (FIMI)*, 14. März 2025.

<sup>10</sup> Rat der EU, *Schlussfolgerungen des Rats zur Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland*, 18. Juli 2022, Absatz 4.



Entwicklungsmaßnahmen begegnet werden kann. Letztere, die in diesem Bericht untersucht werden, zielen im Allgemeinen darauf ab, das Lagebewusstsein innerhalb der EU-Institutionen und -Delegationen zu schärfen, gemeinsame Reaktionsmöglichkeiten vorzuschlagen, die Widerstandsfähigkeit in den Regionen zu stärken und die Zusammenarbeit innerhalb der Union sowie mit und in ihren Partnerländern zu verbessern.

„Heute haben die westlichen Balkanstaaten, Türkiye, die Ukraine, Moldau und Georgien eine historische Chance, ihre Zukunft eng mit der Europäischen Union zu verbinden“, heißt es in der Mitteilung zur EU-Erweiterungspolitik 2023, in der auch betont wird, dass die Erweiterung „eine treibende Kraft für langfristige Stabilität, Frieden und Wohlstand auf dem gesamten Kontinent“ sowie „ein wirksames Instrument zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Grundrechte“ ist.<sup>11</sup>

Gleichzeitig werden laut dem Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung, einem politischen Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis 2030, die Stabilität und Sicherheit der Schwarzmeerregion und des Westbalkans durch die russische Aggression gegen die Ukraine stark beeinträchtigt, „insbesondere aufgrund der zunehmenden ausländischen Informationsmanipulationskampagnen“.<sup>12</sup>

In den folgenden Abschnitten wird der Versuch unternommen, einen Überblick über die politischen Maßnahmen der EU zur Bekämpfung von FIMI zu geben, insbesondere über ihre außenpolitischen Aktivitäten, sowie Beispiele für die Bemühungen und Projekte darzulegen, die die EU und ihre Partner in diesem Zusammenhang in der Schwarzmeerregion und auf dem Westbalkan unterstützen.

---

<sup>11</sup> Europäische Kommission, Mitteilung 2023 über die Erweiterungspolitik der EU, Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM(2023) 690 final, 8. November 2023, S. 2.

<sup>12</sup> EAD, A Strategic Compass for Security and Defence (ein Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis 2030), gebilligt vom Rat am 21. März 2022, S. 18–19.



## 2. Elemente des europäischen Rechts und der europäischen Politik zur Bekämpfung von FIMI

### 2.1 Historischer Überblick

Jahrzehntelang orientierten sich die Normsetzungstätigkeiten der EU in Menschenrechtsfragen, einschließlich der Verpflichtungen hinsichtlich der Freiheit der Meinungsäußerung, im Allgemeinen am Europarat. Ihre eigenen Vorschriften, die in erster Linie auf dem Grundsatz des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs innerhalb des Binnenmarktes beruhen, konzentrierten sich auf Regeln für die Produktion und Verbreitung audiovisueller Inhalte, zunächst im Rahmen des Rundfunks und später des Internets.

Dieser Ansatz begann sich mit der Verabschiedung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu ändern, die am 7. Dezember 2000 von den EU-Institutionen proklamiert wurde.<sup>13</sup> Ihr Rechtsstatus wurde mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 geklärt, welcher der Charta verbindliche Rechtskraft verlieh. Die Charta legt das Recht jedes Einzelnen auf freie Meinungsäußerung fest. Der Geltungsbereich dieses Rechts entspricht weitgehend jenem in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) des Europarates, in der es heißt, dieses Recht „schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.“<sup>14</sup>

In den folgenden Jahren wurden die EU-Maßnahmen zur Meinungsfreiheit erstmals unter dem Gesichtspunkt schädlicher Desinformation und Propaganda diskutiert. Innerhalb der EU wurde schädlicher Desinformation im Allgemeinen durch folgende Maßnahmen entgegengewirkt: (1) Verbesserung der Fähigkeiten der EU-Institutionen, Desinformation zu erkennen, zu analysieren und aufzudecken; (2) Stärkung koordinierter und gemeinsamer Reaktionen auf Desinformation (einschließlich der Einrichtung eines Schnellwarnsystems); (3) Mobilisierung des Privatsektors zur Bekämpfung von Desinformation; und (4) Sensibilisierung und Verbesserung der gesellschaftlichen Resilienz.<sup>15</sup>

Diese Reaktion wurde in einer Reihe von Strategiepapieren und Gesetzesinitiativen zum Ausdruck gebracht, darunter der Aktionsplan zur strategischen Kommunikation,<sup>16</sup> die

---

<sup>13</sup> Europäische Union, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 2012/C 326/02, 26.10.2012.

<sup>14</sup> Vergleiche Artikel 11 der EU-Grundrechtecharta („Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit“) und Artikel 10 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK).

<sup>15</sup> EAD, Factsheet: Action Plan against Disinformation, 3. Mai 2019. Weitere Informationen in: Richter, A., Sanktionsrecht gegen russische und belarussische audiovisuelle Medien, IRIS Extra, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, November 2022.

<sup>16</sup> EAD, Action Plan on Strategic Communication, (Western Balkans Task Force und Task Force South kamen später hinzu) 22. Juni 2015.



Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Thema „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“,<sup>17</sup> die Mitteilung der Europäischen Kommission „Bekämpfung von Desinformation im Internet: ein europäisches Konzept“,<sup>18</sup> der *Code of Practice on Disinformation* (Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation),<sup>19</sup> der Aktionsplan gegen Desinformation der Europäischen Kommission,<sup>20</sup> die Mitteilung der Europäischen Kommission „Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19 – Fakten statt Fiktion“,<sup>21</sup> der Europäische Aktionsplan für Demokratie der Europäischen Kommission<sup>22</sup> und das Gesetz über digitale Dienste (GdD).<sup>23</sup> Durch letztere wurde der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den *Strengthened Code of Practice on Disinformation* (Verstärkter Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation) umgewandelt,<sup>24</sup> der dann offiziell in das GdD integriert wurde.<sup>25</sup> Das aktuellste relevante Dokument in diesem Zusammenhang ist das Europäische Medienfreiheitsgesetz.<sup>26</sup>

Die „harte“ Reaktion auf Desinformation und FIMI hat die Form moderner Mediensanktionen angenommen, die seit 2013 in der EU wirksam sind.<sup>27</sup> Der Präzedenzfall für EU-Mediensanktionen wurde infolge von Menschenrechtsverletzungen in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen von 2010 geschaffen. Damals wurden mehreren belarussischen Journalistinnen und Journalisten und staatlichen Medienakteuren,<sup>28</sup> die an

---

<sup>17</sup> Europäisches Parlament, [Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Thema „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“ \(2016/2030\(INI\)\)](#), 23. November 2016.

<sup>18</sup> Europäische Kommission, [Bekämpfung von Desinformation im Internet: ein europäisches Konzept](#), Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM/2018/236 final, 26. April 2018.

<sup>19</sup> Europäische Kommission, [Code of Practice on Disinformation](#), 26. September 2018.

<sup>20</sup> Europäische Kommission, [Aktionsplan gegen Desinformation](#), Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, JOIN/2018/36 final, 5. Dezember 2018.

<sup>21</sup> Europäische Kommission, [Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19 – Fakten statt Fiktion](#), Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- Und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, JOIN/2020/8 final, 10. Juni 2020.

<sup>22</sup> Europäische Kommission, [Europäischer Aktionsplan für Demokratie](#), Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM/2020/790 Final, 3. Dezember 2020.

<sup>23</sup> Europäisches Parlament und Rat der EU, Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG ([Gesetz über digitale Dienste](#)), ABl. 277/1, 27.10.2022.

<sup>24</sup> Europäische Kommission, [2022 Strengthened Code of Practice on Disinformation](#), 16. Juni 2022.

<sup>25</sup> EBD., Siehe auch: [Kommission und EBDS befürworten die Integration des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation in das DSA](#), IRIS 2025-2:1/3.

<sup>26</sup> Europäisches Parlament und Rat der EU, Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU ([Europäisches Medienfreiheitsgesetz](#)), ABl. L, 2024/1083, 17. April 2024.

<sup>27</sup> Rat der EU, [Durchführungsverordnung \(EU\) Nr. 1054/2013](#) des Rates vom 29. Oktober 2013 zur Durchführung von Artikel 8a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus, ABl. L 288, 30.10.2013

<sup>28</sup> Zum Begriff „Medienakteur“ siehe: Europarat, [How to protect journalists and other media actors?](#), Extended, 2023.



der Verbreitung von Minsker Propaganda gegen die demokratische Opposition beteiligt waren, die Einreise in die EU und der Zugang zu Vermögenswerten in der EU untersagt. Nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 wurden umfassende Wirtschaftssanktionen gegen russische Personen verhängt, darunter auch gegen einen Medienakteur, den Generaldirektor der staatlichen Medienholding RS Dmitri Kisseljow.<sup>29</sup>

Nach der groß angelegten Invasion der Ukraine durch die Streitkräfte der Russischen Föderation im März 2022 hat die EU den Umfang der Mediensanktionen erheblich ausgeweitet, zunächst in Bezug auf die staatlichen Medien RT und Sputnik (Teile derselben RS-Holding) und deren Tochtergesellschaften. Anschließend wurden die Sanktionen auf eine wachsende Zahl anderer staatlich kontrollierter Medien sowie auf Medienvertreter ausgedehnt, die für die Unterstützung und Förderung der Aggression für verantwortlich befunden wurden.<sup>30</sup> Diese Sanktionen sollen aufrechterhalten werden, „bis die Aggression gegen die Ukraine beendet wird und bis die Russische Föderation und die mit ihr verbündeten Medien die Durchführung von Propaganda Aktionen gegen die Union und deren Mitgliedstaaten einstellen“.<sup>31</sup>

## 2.2 Die FIMI-Toolbox

Sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU ist die FIMI-Toolbox einer der wichtigsten politischen Bezugspunkte im Hinblick auf die Stärkung der Resilienz gegenüber ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung (FIMI). Diese sollte als Ergänzung zu anderen EU-Toolboxen betrachtet werden, insbesondere zur umfassenderen EU-Hybrid-Toolbox, die einen Rahmen und einen Katalog an präventiven, kooperativen, stabilitätsfördernden, restriktiven, unterstützenden und solidarischen Maßnahmen bietet.<sup>32</sup>

Die FIMI-Toolbox wurde im Einklang mit dem Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung entwickelt, um gemeinsame Reaktionsmöglichkeiten, Widerstandsfähigkeit und Zusammenarbeit sowohl innerhalb der EU als auch zur

---

<sup>29</sup> Rat der EU, Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates vom 17. März 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, ABl. L 078, 17.3.2014. Weitere Informationen in: Richter, A., Sanktionsrecht gegen russische und belarussische audiovisuelle Medien, IRIS Extra, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, November 2022.

<sup>30</sup> Pingel, A., „Council Sanctions against Russia and Belarus“, EuCrim, 11. August 2022; Rat der EU, Verordnung (EU) 2022/350 des Rates vom 1. März 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, Anhang, ABl. L 65, 2.3.2022; und Rat der EU, Beschluss (GASP) 2022/582 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, Anhang, ABl. L 110, 8.4.2022.

<sup>31</sup> Rat der EU, Verordnung (EU) 2022/350 des Rates vom 1. März 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, Erwägungsgrund 10, ABl. L 65, 2.3.2022.

<sup>32</sup> Lasoen, K., Realising the EU Hybrid Toolbox: opportunities and pitfalls, Netherlands Institute of International Relations Clingendael, Dezember 2022.



Unterstützung von Partnerländern zu stärken und das Lagebewusstsein zu verbessern.<sup>33</sup> Formal war sie eine Reaktion auf die Desinformation, die sich gegen zivile und militärische Missionen der EU (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, GSVP) richtete, insbesondere in der östlichen Nachbarschaft der EU.<sup>34</sup> Indem durch FIMI versucht wird, die GSVP in Verruf zu bringen und die Öffentlichkeit in den Partnerländern über deren Rolle und Mandat in die Irre zu führen, können diese Aktivitäten „die Fähigkeit der Missionen, ihre Ziele zu erreichen, beeinträchtigen“ und mitunter das Leben ihres Personals gefährden. Sie werden vom EAD mit Hilfe der entsprechenden Instrumente der FIMI-Toolbox unterstützt, wie z. B. „Lagebewusstsein, Kapazitätsaufbau und Beratung“.<sup>35</sup> Die FIMI-Toolbox ist im Grunde genommen ein Katalog von Instrumenten, von denen viele ständig eingesetzt werden, um sich FIMI-Operationen zu stellen und darauf zu reagieren.<sup>36</sup> Sie umfasst kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen, die von der Prävention bis zur Reaktion reichen, wird ständig weiterentwickelt und kann an die kontinuierliche Entwicklung der Bedrohungen angepasst werden.

Die FIMI-Toolbox enthält eine nicht erschöpfende Auflistung von Instrumenten, die einen Überblick über deren Vielfalt in den folgenden vier Bereichen geben soll: 1) Lagebewusstsein, 2) Resilienzaufbau, 3) Außenpolitik der EU und 4) Disruption und Regulierung (siehe Abbildung 1). Jeder dieser Bereiche umfasst verschiedene Arten von Instrumenten, die dazu dienen sollen, die Auswirkungen von FIMI entweder zu verhindern oder zu mindern, Akteure von solchen Aktivitäten abzuhalten und auf diese zu reagieren. Bestehende Instrumente können gegebenenfalls durch neue ergänzt werden.<sup>37</sup>

**Lagebewusstsein** basiert auf einem analytischen Modell, das ein umfassendes Verständnis der FIMI-Bedrohungen vermittelt. Dieses Modell wird von internationalen Netzwerken aus FIMI-Bekämpfenden, Regierungspartnern und der NATO genutzt und fördert den zunehmenden Datenaustausch und die entsprechende Zusammenarbeit. Mit seinen jährlichen Berichten zur „FIMI-Bedrohung“, die Einblicke, Instrumente und Rahmenbedingungen liefern, baut der EAD seine analytische Methodik schrittweise auf und verfeinert sie.

**Resilienzaufbau** wird umgesetzt, indem unabhängige Medien und Netzwerke zur Überprüfung von Fakten weltweit unterstützt werden, Kapazitäten für Interessengruppen und Partner aufgebaut werden, beispielsweise durch Schulungen und Zusammenarbeit mit EU-Institutionen, die Zivilgesellschaft gestärkt wird und die digitale, mediale und informationelle Kompetenz verbessert wird, damit Informationen kritisch bewertet und Manipulationstechniken erkannt und so die Auswirkungen von FIMI abgeschwächt werden.

---

<sup>33</sup> EAD, *A Strategic Compass for Security and Defence* (ein Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis 2030), gebilligt vom Rat am 21. März 2022.

<sup>34</sup> Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Annual Progress Report on the Implementation of the Strategic Compass for Security and Defence*, März 2024, S. 15.

<sup>35</sup> EAD, *Information Integrity and Countering Foreign Information Manipulation & Interference (FIMI)*, März 2025.

<sup>36</sup> EAD, *3<sup>rd</sup> EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats – Exposing the architecture of FIMI operations*, März 2025.

<sup>37</sup> EAD, *2<sup>nd</sup> EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats – A Framework for Networked Defence*, Januar 2024, S. 14.



Die **Außenpolitik** der EU sieht im Rahmen der Agenda zur Bekämpfung von FIMI die weltweite Einbindung von Partnern vor. Insbesondere durch das Collective Response Framework (das von den G7-Staaten zur Bekämpfung ausländischer Bedrohungen für die Demokratie eingerichtet wurde) sowie mit der NATO tauscht der EAD Informationen aus und koordiniert politische Maßnahmen mit politischen Partnern, darunter die Aufdeckung von FIMI-Akteuren.<sup>38</sup>

In Bezug auf **Disruption und Regulierung** werden in der FIMI-Toolbox das EU-Gesetz über digitale Dienste (GdD), der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und das Europäische Medienfreiheitsgesetz (EMFA) erwähnt.

Ein wichtiger Grund für die Verabschiedung des **Gesetzes über digitale Dienste** im Jahr 2022 war die Absicht, einen stärkeren Rahmen für die Bekämpfung von Desinformation zu schaffen. Mit dem GdD wurde ein Krisenmechanismus geschaffen, der es Regierungen in Krisenzeiten, die mit Bedrohungen für die nationale Sicherheit einhergehen, ermöglicht, einen Ausnahmezustand für Social-Media-Websites, Suchmaschinen und Online-Marktplätze zu verhängen und in die Richtlinien der Plattformen einzugreifen.<sup>39</sup> Das GdD stuft Plattformen oder Suchmaschinen mit mehr als 45 Millionen Nutzenden pro Monat in der EU als sehr große Online-Plattformen (VLOPs) oder sehr große Online-Suchmaschinen (VLOSEs) ein. Sobald eine Plattform als VLOP oder VLOSE identifiziert und benannt wurde, muss sie das GdD einhalten. Beispielsweise ist sie in Bezug auf Werbung, Empfehlungssysteme oder Entscheidungen zur Moderation von Inhalten zur Transparenz verpflichtet.

VLOPs und VLOSEs (oder VLOPSEs, wenn sie zusammen betrachtet werden) müssen systemische Risiken, die mit ihren Diensten verbunden sind, ermitteln, analysieren und bewerten, indem sie insbesondere Risiken im Zusammenhang mit der öffentlichen Sicherheit und Wahlprozessen, der öffentlichen Gesundheit, dem Schutz Minderjähriger sowie dem körperlichen und geistigen Wohlbefinden untersuchen.

Sobald die Risiken ermittelt und der Europäischen Kommission gemeldet wurden, sind VLOPSEs verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Risiken durch eine Anpassung der Gestaltung oder Funktionsweise ihrer Dienste oder durch eine Änderung ihrer Empfehlungssysteme zu mindern. Außerdem müssen sie eine interne Compliance-Abteilung einrichten, die sicherstellt, dass die ermittelten Risiken gemindert werden.<sup>40</sup>

Der **Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation** ergänzt diese Vorschriften durch bestimmte Verpflichtungen von Online-Plattformen, Akteuren der Werbebranche, Faktenprüfenden, Forschungs- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bezug auf die Entmonetarisierung von Desinformation, politische Werbung, Faktenprüfung, Stärkung der Nutzenden und so weiter.<sup>41</sup> Zu den derzeitigen Unterzeichnern des Kodex gehören mehr als 40 VLOPSEs (darunter Facebook, Instagram, LinkedIn, Bing,

---

<sup>38</sup> EAD, *Information Integrity and Countering Foreign Information Manipulation & Interference (FIMI)*, 14. März 2025.

<sup>39</sup> Meaker, M., „Ukraine War Prompts Europe’s New Emergency Rules for the Internet“, WIRED, 25. April 2022.

<sup>40</sup> Europäische Kommission, „*DSA: Very large online platforms and search engines*“, ohne Datum.

<sup>41</sup> Europäische Kommission, „*Code of Practice on Disinformation*“ 2022. *Kommission und EBDS befürworten die Integration des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation in das DSA*“



TikTok, YouTube und Google Search).<sup>42</sup> Sie informieren über die Umsetzung des Kodex in individuellen Jahresberichten, die dem Transparency Centre übermittelt werden.<sup>43</sup> Seit dem 1. Juli 2025 ist der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation offiziell in den Rahmen des GdD integriert. Als solcher ist er „für Anbieter von VLOPs und VLOSEs, die sich zu den entsprechenden Verpflichtungen bekennen und diese einhalten, ein relevanter Maßstab für die Feststellung der Konformität mit dem GdD in Bezug auf Desinformationsrisiken“.<sup>44</sup>

Im Rahmen dieses Berichts sollte dem **Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA)** größere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da es zwar ein Instrument der FIMI-Toolbox ist, aber selten als solches erwähnt wird.

Wie in seinem Einleitungsteil erläutert, legt das EMFA gemeinsame Regeln für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts für Mediendienste fest und gewährleistet gleichzeitig die redaktionelle Unabhängigkeit und den Pluralismus der Mediendienste.<sup>45</sup> Darüber hinaus richtet es den Fokus der europäischen Regulierungsbemühungen stärker auf den Medienpluralismus und sieht bestimmte zusätzliche Normen für die Medienregulierung vor.

Die Aufnahme des EMFA in die FIMI-Toolbox ist durchaus gerechtfertigt, auch für das erweiterte Europa. Es überrascht daher nicht, dass die Europäische Kommission bereits in der frühen Phase sowohl der Umsetzung des EMFA als auch des Beitrittsprozesses mehrerer Länder auf die Notwendigkeit verweist, die „Einhaltung des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes“ im nationalen Medienrecht sicherzustellen.<sup>46</sup>

Das EMFA schafft eine neue und solidere Rechtsgrundlage für die Bekämpfung ausländischer Propaganda. Es unterteilt Medien in drei Kategorien:<sup>47</sup>

- 1) hochwertige Mediendienste;
- 2) un seriöse Mediendiensteanbieter; und
- 3) alle anderen Mediendienste.

Hochwertige Mediendienste werden im EMFA als solche beschrieben, die redaktionelle Freiheit genießen, ihre wichtige Rolle als „öffentliche Wächterinstanz“ wahrnehmen, verlässliche (vertrauenswürdige) Informationen bereitstellen, unabhängig und im Einklang mit ethischen und journalistischen Standards handeln, Selbstregulierung

---

<sup>42</sup> Europäische Kommission, „[Signatories of the 2022 Strengthened Code of Practice on Disinformation](#)“, 16. Juni 2022.

<sup>43</sup> Transparency Centre, [Reports](#) (ohne Datum).

<sup>44</sup> Europäische Kommission, [The Code of Conduct on Disinformation](#), 13. Februar 2025.

<sup>45</sup> Europäisches Parlament und Rat der EU, Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU ([Europäisches Medienfreiheitsgesetz](#)), ABl. L, 2024/1083, 17. April 2024.

<sup>46</sup> Europäische Kommission, [Commission staff working document, Republic of Moldova 2023 Report](#), SWD(2023) 698 final, 8. November 2023, S. 6 und 34.

<sup>47</sup> Zu weiteren Einzelheiten zu dieser Unterteilung siehe: Richter, A., [Medienpluralismus in ausgewählten Ländern der Schwarzmeerregion: der Einfluss europäischer Standards](#), IRIS, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, Oktober 2024.



akzeptieren und (im Falle öffentlich-rechtlicher Medien) unparteiisch sind. Sie fungieren somit als Schutzschild gegen FIMI.<sup>48</sup> Das im Rahmen des EMFA eingerichtete Europäische Gremium für Mediendienste beobachtet die Einhaltung von Selbstregulierungsinitiativen zum Schutz der Nutzenden vor schädlichen Inhalten, einschließlich Desinformation sowie FIMI.<sup>49</sup> Die Europäische Kommission stellt sicher, dass diese Beobachtung eine ausführliche Analyse der Medienmärkte in allen Mitgliedsstaaten umfasst, auch im Hinblick auf die Risiken von FIMI.<sup>50</sup>

Der Begriff „hochwertige Mediendienste“ ist an das Konzept des „hochwertigen Journalismus“ angelehnt, das vom Expertenausschuss für hochwertigen Journalismus im digitalen Zeitalter (MSI-JOQ) des Europarates in den Jahren 2018–19 entwickelt wurde.<sup>51</sup> Die Arbeit des MSI-JOQ mündete in zwei Dokumenten, die anschließend vom Europarat angenommen wurden: zuerst der Erklärung des Ministerkomitees zur langfristigen Finanzierbarkeit von Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter,<sup>52</sup> und, nachdem die Russische Föderation (die sich gegen die Annahme ausgesprochen hatte) aus dem Europarat ausgeschlossen worden war, der Empfehlung zur Förderung eines günstigen Umfelds für Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter (siehe unten).<sup>53</sup>

Am anderen Ende des Spektrums stehen „unseriöse“ Mediendiensteanbieter, „die systematisch Desinformation, oder Informationsmanipulation und Einmischung im Informationsraum, betreiben und die Freiheiten des Binnenmarkts für missbräuchliche Zwecke nutzen und so dem reibungslosen Funktionieren der Marktdynamik entgegenwirken, einschließlich denjenigen, die von bestimmten Drittländern kontrolliert werden“.<sup>54</sup> Sie sind eindeutig Ziele der Instrumente zur Bekämpfung von FIMI.

Der Hauptgrund für die Schaffung dieser drei Kategorien ist, dass „hochwertige“ Mediendienste von der EU unterstützt und gefördert werden sollten, nicht nur innerhalb der Union, sondern weltweit. „Unseriöse“ Mediendienste hingegen sollten eingedämmt

---

<sup>48</sup> Europäisches Parlament und Rat der EU, Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz), ABL L, 2024/1083, 17. April 2024, Erwägungsgründe 14, 19 und 27.

<sup>49</sup> Ebd., Artikel 19.

<sup>50</sup> Ebd., Artikel 26.

<sup>51</sup> Siehe: MSI-JOO Committee of experts on quality journalism in the digital age.

<sup>52</sup> Ministerkomitee des Europarates, Erklärung des Ministerkomitees zur langfristigen Finanzierbarkeit von Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter, verabschiedet vom Ministerkomitee am 13. Februar 2019 auf der 1337. Sitzung der Ständigen Vertreter.

<sup>53</sup> Ministerkomitee des Europarates, Empfehlung CM/Rec(2022)4 des Ministerkomitees an die Mitgliedsstaaten zur Förderung eines günstigen Umfelds für Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter, **verabschiedet** vom Ministerkomitee am 17. März 2022 auf der 1429. Sitzung der Ständigen Vertreter. Am 25. Februar 2022 hat das Ministerkomitee die Vertretungsrechte Russlands im Europarat ausgesetzt. Am 16. März 2022 wurde Russland aufgrund seiner offensichtlichen Verstöße gegen die Satzung des Europarates aus der Organisation ausgeschlossen.

<sup>54</sup> Europäisches Parlament und Rat der EU, Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz), ABL L, 2024/1083, 17. April 2024, Erwägungsgründe 4, 44 und 49.



werden, während die EU-Politik gegenüber allen anderen Mediendiensten neutral bleibt (wie dies vor der Verabschiedung des EMFA der Fall war).<sup>55</sup>

Abbildung 1. Visuelle Darstellung der FIMI-Toolbox<sup>56</sup>



<sup>55</sup> Ministerkomitee des Europarates, Empfehlung CM/Rec(2022)4 des Ministerkomitees an die Mitgliedsstaaten zur Förderung eines günstigen Umfelds für Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter, verabschiedet vom Ministerkomitee am 17. März 2022 auf der 1429. Sitzung der Ständigen Vertreter.

<sup>56</sup> EAD, *2nd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats – A framework for networked defence*, Februar 2024, S. 13.



## 2.3 Der Beitrag des Europarates

Im Rahmen der europäischen Reaktion leisten die Institutionen des Europarates einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Propaganda, Desinformation und Manipulation. Ausgangspunkt hierfür scheint die Entschließung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) mit dem Titel „**Onlinemedien und Journalismus: Herausforderungen und Rechenschaftspflicht**“ zu sein.<sup>57</sup> Die Entschließung nahm Bezug auf eine Grenze „zwischen dem, was als legitime Äußerung persönlicher Ansichten in der Absicht, Leser zu überzeugen, angesehen werden kann“, und Desinformation oder Manipulation. Mit Besorgnis wurde darin auch die wachsende Zahl von Online-Medienkampagnen zur Kenntnis genommen, die dazu dienen, Teile der Öffentlichkeit durch absichtlich einseitige oder falsche Informationen in die Irre zu führen, sowie von Hasskampagnen gegen Einzelpersonen und persönliche Angriffe, welche oft in einem politischen Kontext erfolgen und demokratischen politischen Prozessen schaden sollen.<sup>58</sup> In der Entschließung wurden zudem eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die von den nationalen Behörden zu ergreifen sind, darunter die Aufnahme von Medienkompetenz in die Lehrpläne, die Unterstützung von Sensibilisierungsprojekten und gezielten Schulungsprogrammen zur Förderung der kritischen Nutzung von Onlinemedien sowie die Unterstützung einer professionellen journalistischen Ausbildung.<sup>59</sup>

In einer weiteren früheren Entschließung erkannte die PACE an, dass das Internet „allen gehört, daher niemandem gehört und keine Grenzen kennt“, und betonte die Notwendigkeit, seine Offenheit und Neutralität zu bewahren. Sie stellte außerdem fest, dass das Internet „das Risiko einseitiger Informationen und von Meinungsmanipulationen verstärkt“. Daher „durf es nicht zu einem gigantischen Spähmechanismus werden, der sich jeder demokratischen Kontrolle entzieht“, oder zu „einem faktischen No-Go-Bereich, einer Sphäre, die von verborgenen Mächten beherrscht wird und in der niemand eindeutig zur Verantwortung gezogen werden kann“.<sup>60</sup> Die PACE empfahl den Mitgliedsstaaten des Europarates, Maßnahmen zu erwägen, die das Risiko der Verzerrung von Informationen und der Manipulation der öffentlichen Meinung verhindern würden, vor allem durch kohärente Vorschriften und/oder Anreize zur Selbstregulierung hinsichtlich der Rechenschaftspflicht der großen Internetbetreiber.<sup>61</sup>

Im Jahr 2017 veröffentlichte der Europarat einen viel zitierten Bericht mit dem Titel „**Informationsunordnung: Auf dem Weg zu einem interdisziplinären Rahmen für Forschung und Politikgestaltung**“<sup>62</sup>. In dem Dokument wurde untersucht, wie sich „Informationsunordnung“ (ein Oberbegriff) und insbesondere Desinformationskampagnen

---

<sup>57</sup> Parlamentarische Versammlung des Europarates, [Entschließung 2143 \(2017\)](#), Onlinemedien und Journalismus: Herausforderungen und Rechenschaftspflicht. Text verabschiedet am 25. Januar 2017.

<sup>58</sup> Ebd., Absatz 6.

<sup>59</sup> Ebd., Absatz 12.1.

<sup>60</sup> Parlamentarische Versammlung des Europarates, [Entschließung 1970 \(2014\)](#), Internet und Politik: die Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Demokratie. Text verabschiedet am 29. Januar 2014, Absätze 12 und 14.

<sup>61</sup> Ebd., Absatz 19.9.

<sup>62</sup> Wardle, C. und Derakhshan, H., [\*Information disorder: Toward an interdisciplinary framework for research and policy making\*](#), Europarat, Straßburg, Oktober 2017.



immer weiter ausbreiten und zu einem globalen Medienumfeld der Informationsunordnung beitragen, wobei sie sich stark auf Soziale Medien stützen. Dieser Bericht lieferte politisch Verantwortlichen, Gesetzgebenden, Forschenden und Fachleuten aus Technologie und Praxis, die sich mit den damit verbundenen theoretischen und praktischen Herausforderungen befassen, einen neuen Rahmen für die drei Elemente der Informationsunordnung. Dabei handelte es sich um:

- 1) *Fehlinformation*, wobei falsche Informationen weitergegeben werden, ohne dass damit Schaden beabsichtigt ist;
- 2) *Desinformation*, wobei falsche Informationen bewusst weitergegeben werden, um Schaden zu verursachen; und
- 3) *Malinformation*, wobei echte Informationen weitergegeben werden, um Schaden zu verursachen, häufig indem Informationen, die eigentlich privat bleiben sollten, in die Öffentlichkeit gelangen.

Die 2022 verabschiedete **Empfehlung zur Förderung eines günstigen Umfelds für Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter** befasste sich vor allem mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation in den Medien und den damit verbundenen Schäden für das Vertrauen in die Medien. Außerdem wurden **Leitlinien zur Förderung von Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter** angenommen, in denen festgestellt wird, dass Demokratien „zunehmenden Bedrohungen durch die Verbreitung von Desinformation und Online-Propagandakampagnen ausgesetzt sind, auch im Rahmen groß angelegter koordinierter Bestrebungen zur Untergrabung demokratischer Prozesse“. In dem Dokument wurde zudem darauf hingewiesen, dass „[k]onzertierte nationale und/oder transnationale Anstrengungen zur Bekämpfung von Desinformation und Propaganda von den Staaten in einer Weise uneingeschränkt unterstützt werden sollten, die ihre Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt“. Empfohlen wurde in den Leitlinien auch, die Auswirkungen der erheblichen Anstrengungen zu untersuchen, die einige Online-Plattformen unternommen haben, um „die Nutzung ihrer Netzwerke als Kanäle für groß angelegte Desinformation und Manipulation der öffentlichen Meinung zu verhindern und Nachrichten- und Informationsquellen, die allgemein als vertrauenswürdig gelten, stärker herauszustellen“. Zur Prävention und Bekämpfung von Desinformation in den Medien wurden in den Leitlinien Medien- und Informationskompetenz (MIK) im gesamten Mediensektor, Transparenz in der Werbung, Faktenprüfung und die Fortbildung von Journalisten und anderen Medienakteuren als Instrumente genannt.<sup>63</sup>

Auf der jüngsten **Konferenz der für Medien und Informationsgesellschaft zuständigen Ministerinnen und Minister**, die 2021 stattfand, verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten, sich den Herausforderungen durch zunehmende Desinformation, Fehlinformation und Malinformation auf nationaler Ebene zu stellen. Sie sprachen sich insbesondere für ein „Medienökosystem aus, das auf einer Vielzahl unabhängiger

---

<sup>63</sup> Ministerkomitee des Europarates, Empfehlung CM/Rec(2022)4 des Ministerkomitees an die Mitgliedsstaaten zur Förderung eines günstigen Umfelds für Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter, verabschiedet vom Ministerkomitee am 17. März 2022 auf der 1429. Sitzung der Ständigen Vertreter.



Medienakteure und anderer relevanter Organisationen basiert, die die gesamte Vielfalt der Gesellschaft repräsentieren“. Von solchen Medienakteuren wird jedoch erwartet, dass sie:

„(i) sich der Wahrheitsfindung und Berichterstattung gemäß den journalistischen Ethikrichtlinien verpflichtet fühlen, (ii) transparente journalistische Praktiken anwenden, die es Einzelpersonen ermöglichen, Informationen zu bewerten und Vertrauen sowohl in die Medien als auch in die bereitgestellten Inhalte zu entwickeln, und (iii) Einzelpersonen durch allgemein zugängliche Inhalte von öffentlichem Interesse auf allen Plattformen, einschließlich jenen des öffentlichen Dienstes, in die Lage versetzen, autonome Entscheidungen über ihr Leben, ihre Arbeit und ihre Teilnahme am öffentlichen Leben zu treffen.“<sup>64</sup>

Zu den aktuellen Dokumenten gehört auch die PACE-Entschließung über „**Propaganda und Informationsfreiheit in Europa**“, in der die Versammlung „den Mitgliedsstaaten empfiehlt, ganzheitliche Strategien zur Bekämpfung illegaler Propaganda zu entwickeln und wirksam auf die Verbreitung von Propaganda zu reagieren, die zwar legal, aber schädlich ist“, und Elemente solcher Strategien vorstellt.<sup>65</sup>

---

<sup>64</sup> Europarat, Resolution on the changing media and information environment, European Ministerial Conferences on Mass Media Policy & Council of Europe Conferences of Ministers responsible for Media and new Communication Services: Texts Adopted, Straßburg, 2021, S. 80.

<sup>65</sup> Parlamentarische Versammlung des Europarates, Entschließung 2567, Propaganda und Informationsfreiheit in Europa, 1. Oktober 2024, Absätze 12.1 bis 12.18, und Begleitbericht: Parlamentarische Versammlung des Europarates, Propaganda und Informationsfreiheit in Europa, Berichterstatter: Stefan Schennach, Österreich, SOC, Doc. 16034, 9. September 2024.



### 3. EU-Projekte zur Stärkung der Resilienz im erweiterten Europa

Viele Länder haben Gesetze und/oder Richtlinien zu ausländischen Medien und „Falschnachrichten“ verabschiedet,<sup>66</sup> doch fehlen ihnen oft die Ressourcen, um FIMI zu analysieren und eigenständig Resilienz dagegen aufzubauen. Da die Bekämpfung von FIMI weiterhin eine politische Priorität der EU ist, leistet sie Unterstützung, „um demokratische Institutionen und die Integrität eines freien, vielfältigen und offenen Informationsraums zu schützen“.<sup>67</sup> Die Zusammenarbeit der EU mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO), unabhängigen Journalistinnen und Journalisten und Faktenprüfenden weltweit und die Unterstützung ihrer Arbeit sind dabei von zentraler Bedeutung. Um den Bedrohungen durch FIMI entgegenzuwirken und ihre eigenen Abwehrmechanismen zu stärken, hat die EU zusätzlich Initiativen mobilisiert, welche sich in einer Reihe von Projekten innerhalb der Union widerspiegeln, die darauf abzielen, politische Rahmenbedingungen zu analysieren, aufzuklären und Fähigkeiten aufzubauen.<sup>68</sup>

#### 3.1 Osteuropa und Südaustralien

Nach Anträgen der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens im Jahr 2022 gewährte die EU der Ukraine und Moldau den Kandidatenstatus, wobei die Beitrittsverhandlungen im Juni 2024 aufgenommen werden sollten. Georgien wurde vom Europäischen Rat am 14. Dezember 2023 der Kandidatenstatus zuerkannt, unter der Voraussetzung, dass die einschlägigen Reformen umgesetzt werden, die von der Europäischen Kommission dargelegt wurden. Seitdem ist Georgien, was entsprechende Fortschritte angeht, jedoch auf erhebliche Herausforderungen gestoßen, da die Behörden ein Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme, das sogenannte „Auslandsagenten-Gesetz“, vorgeschlagen haben, das als „unvereinbar mit den Werten und Normen der EU“ angesehen wird, und das Parlament dieses verabschiedet hat.<sup>69</sup>

Mit dem Beschluss, die europäische Perspektive der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens anzuerkennen, „waren diese drei Länder Ziel einer neuen Welle von Kampagnen ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, mit denen vor allem das Bestreben, der EU beizutreten, diskreditiert und der Westen für die derzeitige

<sup>66</sup> Richter, A., *Medienpluralismus in ausgewählten Ländern der Schwarzmeerregion: der Einfluss europäischer Standards*, IRIS, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, Oktober 2024, S. 28–32; Richter, A., *Medienrecht und Medienpolitik in ausgewählten Ländern der Schwarzmeerregion*, IRIS Extra, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, September 2023, S. 24–26.

<sup>67</sup> EAD, *3rd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats – Exposing the architecture of FIMI operations*, März 2025, S. 38.

<sup>68</sup> Disinfo.EU, *Tackling foreign information manipulation and interference in Europe*, Juni 2024.

<sup>69</sup> Kovalčíková, N., De Agostini, L. und Catena, B., *Strengthening resilience in the East: How the EU can empower countries against foreign interference*, Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, April 2025.



Lage in der Region verantwortlich gemacht werden sollte. In Georgien ging es bei einem spezifischen Teil der Desinformationskampagne darum, den Eindruck zu erwecken, der Westen versuche, von Georgien aus eine ‚zweite Front‘ gegen Russland zu eröffnen.<sup>70</sup>

„In unserer östlichen Nachbarschaft“, so heißt es im Strategischen Kompass, „wird die Ukraine direkt von den russischen Streitkräften angegriffen und gleichzeitig sind auch die Republik Moldau, Georgien und andere Länder im Südkaukasus fortwährend strategischen Einschüchterungen und direkten Bedrohungen ihrer Souveränität und territorialen Integrität ausgesetzt und in langwierigen Konflikten gefangen.“<sup>71</sup>

Im Rahmen von Initiativen zum Aufbau von Resilienz hat die EU „rund 2.500 lokale zivilgesellschaftliche Organisationen, 120 unabhängige Medien und 2.000 Journalisten“ in der gesamten Region der östlichen Partnerschaft unterstützt.<sup>72</sup>

Darüber hinaus wurde 2025 ein regionales Zentrum der EU-finanzierten Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO)<sup>73</sup> eingerichtet, die Teil des **Aktionsplans gegen Desinformation** ist,<sup>74</sup> um die Ukraine und Moldau zu unterstützen. Das Zentrum mit dem Namen FACT (Fighting Against Conspiracy and Trolls) bringt eine grenzüberschreitende und multidisziplinäre Gemeinschaft von Forschenden, Faktenprüfenden und Fachleuten für Medienkompetenz aus Rumänien, Moldau, der Ukraine, Litauen, Lettland und Estland zusammen, um Manipulations- und Desinformationskampagnen, insbesondere russische Desinformation, aufzudecken und zu analysieren. Es wird von Context Platform koordiniert, einem unabhängigen Medien-Startup in Rumänien, mit Partnern wie Expert Forum (EFOR), Investigative Reporter Project Italy (IRPI), Kyiv Independent, Re:Baltica, Rise Moldova und der Association for Technology and Internet. Im Rahmen seiner Mission beobachtete FACT den jüngsten Parlamentswahlkampf in Moldau und trug so dazu bei, dessen Integrität sicherzustellen.<sup>75</sup>

### 3.1.1 Georgien

Das von der EU finanzierte Projekt „**Förderung eines rechenschaftspflichtigen und menschenrechtsorientierten Sicherheitssektors durch Forschung, Interessenvertretung und**

---

<sup>70</sup> Ebd.

<sup>71</sup> Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *A Strategic Compass for Security and Defence* (ein Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis 2030), gebilligt vom Rat am 21. März 2022, S. 19.

<sup>72</sup> Kovalčíková, N., De Agostini, L. und Catena, B., *Strengthening resilience in the East: How the EU can empower countries against foreign interference*, Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, April 2025.

<sup>73</sup> Siehe: *EDMO Hubs*.

<sup>74</sup> Europäische Kommission, *Aktionsplan gegen Desinformation*, Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, JOIN/2018/36 final, 5. Dezember 2018.

<sup>75</sup> Europäische Kommission, „*New European Digital Media Observatory hub fights disinformation in Ukraine and Moldova*“, 15. Juli 2025.



**inklusiven Dialog**<sup>76</sup> wurde zwischen 2022 und 2025 von der ZGO Social Justice Center in Zusammenarbeit mit dem Caucasus Research Resource Center (CRRC) Georgia und der Georgian Young Lawyers' Association durchgeführt.<sup>77</sup> Das Projekt zielte insbesondere darauf ab, die Menschenrechtsnormen im Sicherheitssystem durch den Ausbau der Kapazitäten in den Bereichen Analyse, Interessenvertretung und Sensibilisierung zu verbessern. Zu den Ergebnissen gehörte der Bericht „Die Verbreitung antiwestlicher Narrative durch Behörden auf Facebook: Analyse der Sozialen Medien“, der auf Georgisch und Englisch veröffentlicht wurde.<sup>78</sup> In dem Bericht hat das CRRC Georgia, eine gemeinnützige Forschungsorganisation der Zivilgesellschaft, antiwestliche Narrative aufgedeckt und deren Verbreitung auf Facebook in den Jahren 2022 und 2023 untersucht. Im Rahmen des Projekts wurden noch weitere analytische Berichte zu den Auswirkungen von Desinformation in Georgien veröffentlicht.<sup>79</sup>

In einem weiteren kürzlich abgeschlossenen Projekt mit dem Titel „**Strategische Kommunikation, Desinformation und gewalttätiger Extremismus**“ untersuchte das Internationale Zentrum für Terrorismusbekämpfung (ICCT), ein Think-and-Do-Tank mit Sitz in Den Haag, den zunehmenden Einsatz von Desinformation durch gewalttätige Extremisten und terroristische Organisationen. Laut dem ICCT „ist noch immer kaum erforscht, in welchem Ausmaß und in welcher Geschwindigkeit diese Desinformationsversuche tatsächlich erfolgen und wie vielschichtig sie wirklich sind. Dies erschwert es, extremistische Desinformationsnarrative, die Radikalisierung und Rekrutierung fördern, zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.“<sup>80</sup> Das Projekt umfasste Sekundär- und Feldforschung, um die Bedrohungen durch terroristische Gruppen, die insbesondere im Südkaukasus und auf dem Westbalkan Desinformation verbreiten, zu erfassen. Das ICCT organisierte Konsultationsprozesse zwischen den Interessengruppen, hielt einen Workshop ab, führte Interviews und arbeitete mit EU-Institutionen und relevanten regionalen Partnern zusammen, um Ansätze zusammenzutragen und Perspektiven zu harmonisieren. Ziel des Projekts war es, einen globalen Leitfaden zur Bekämpfung terroristischer Desinformation zu erstellen. Das Dokument soll die künftige EU-Programmplanung im Bereich Desinformation verbessern, EU-Delegationen und Durchführungspartner unterstützen, die im Bereich der strategischen Kommunikation tätig sind, zur Prävention und Bekämpfung von Online-Radikalisierung beitragen und die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaft stärken.<sup>81</sup>

Das laufende Projekt (2025–2027) „**SAFIMI Georgien: Georgische Gesellschaft gegen FIMI, Desinformation und koordiniertes inauthentisches Verhalten**“<sup>82</sup> ist Teil des

<sup>76</sup> Social Justice Center, „Supporting accountable and human rights oriented security sector through research, advocacy and inclusive dialogue“, 1. Januar 2022.

<sup>77</sup> Caucasus Research Resource Center – Georgia, „Supporting accountable and human rights oriented security sector through research, advocacy and inclusive dialogue“, ohne Datum.

<sup>78</sup> Caucasus Research Resource Center – Georgia, The spread of anti-Western narratives from the government on Facebook: Social media analysis, 2024.

<sup>79</sup> Siehe etwa: Cole, E., Disinformation in Georgia: Challenges and Solutions, Social Justice Center, 2024.

<sup>80</sup> ICCT, „Strategic Communications, Disinformation and Violent Extremism“, ohne Datum.

<sup>81</sup> Ebd.

<sup>82</sup> EU Neighbours East, „SAFIMI Georgia: Georgian Society Against FIMI, Disinformation and Coordinated Inauthentic Behaviour“ (EU-finanziertes regionales Kommunikationsprogramm für die östlichen Nachbarländer), ohne Datum.



Regionalen Kommunikationsprogramms für die östlichen Nachbarländer der EU.<sup>83</sup> Das Programm wird im Rahmen einer Partnerschaft zwischen der in Brüssel ansässigen GOPA Consulting Group (GCG) und Partners in Action for Change and Engagement (PACE) durchgeführt.<sup>84</sup> Dieses spezielle Projekt zielt darauf ab, die gesellschaftlichen Auswirkungen von Desinformation zu mildern und eine langfristige Resilienz innerhalb des Informationsökosystems Georgiens aufzubauen. Es wird durch eine verstärkte sektorübergreifende Zusammenarbeit und Sensibilisierung für FIMI-Bedrohungen im Bereich der Medien, der Zivilgesellschaft, der Regierung und der Öffentlichkeit umgesetzt. „SAFIMI Georgien“ ist eine Initiative verschiedener Interessengruppen mit zivilgesellschaftlichen Partnern wie der Media Development Foundation,<sup>85</sup> Transparency International Georgia<sup>86</sup> und Maldita.es.<sup>87</sup> Das Projektteam fördert die Forschung und ein besseres Verständnis der Herausforderungen durch Desinformation, baut Kooperationsnetzwerke auf und bindet die Öffentlichkeit in Sensibilisierungskampagnen ein. Zu den wichtigsten Initiativen gehören die Einrichtung der „SAFIMI-Community“ – einer Plattform für die Zusammenarbeit zwischen Medien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Behörden – und die Durchführung regionsspezifischer Schulungen für die Interessengruppen. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit erfolgt durch faktenbasierte Inhalte, die durch Kampagnen und Engagement in den Sozialen Medien zusätzlich unterstützt werden.

Ein weiteres Projekt, das Teil desselben Programms ist, mit dem Titel „Qualitätsmedien und bewusster Medienkonsum für eine resiliente Gesellschaft – ConMeCo“ (2023–2025) wurde kürzlich abgeschlossen. Es stand in Zusammenhang mit FIMI, da zu seinen Prioritäten die „Organisation von Hackathons zum Thema Medienkonsum und Medienkompetenz“ sowie „eine Reihe von MIK-Workshops für junge Mediennutzende in Tiflis und anderen Regionen Georgiens“ gehörten.<sup>88</sup> Das Projekt wurde von der Deutschen Welle Akademie (Deutschland) in Zusammenarbeit mit der oben genannten Media Development Foundation und dem Human Rights Center durchgeführt.<sup>89</sup> Es wurde von der EU und dem deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kofinanziert und stellte Partnern, die gegen Desinformation vorgehen, Fördermittel für die Erstellung von Inhalten zur Verfügung.<sup>90</sup>

---

<sup>83</sup> GOPA-PACE, „[About us](#)“, ohne Datum.

<sup>84</sup> GOPA-PACE, „[EU Neighbours East: Regional Communication Programme](#)“, ohne Datum.

<sup>85</sup> Die Media Development Foundation (MDF) wurde im April 2008 von einer Gruppe professioneller Journalisten gegründet und ist eine georgische zivilgesellschaftliche Organisation, die sich insbesondere für die Förderung von kritischem Denken und bewusstem Medienkonsum einsetzt. Sie betreibt eine Plattform zur Überprüfung von Fakten, den [Myth Detector](#). Siehe auch: „[SAFIMI Georgia: Georgian Society Against FIMI, Disinformation and Coordinated Inauthentic Behaviour](#)“, ohne Datum.

<sup>86</sup> Transparency International Georgia, „[SAFIMI Georgia: Georgian Society Against FIMI, disinformation and coordinated inauthentic behavior](#)“, ohne Datum.

<sup>87</sup> [Maldita.es](#) ist eine unabhängige spanische journalistische Organisation der Zivilgesellschaft, die sich der Bekämpfung von Desinformation durch Faktenprüfung und Methoden des Datenjournalismus widmet.

<sup>88</sup> EU Neighbours East, „[Quality Media and Conscious Media Consumption for Resilient Society – ConMeCo](#)“ (EU-finanziertes regionales Kommunikationsprogramm für die östlichen Nachbarländer), ohne Datum.

<sup>89</sup> Das [Human Rights Center](#) ist eine lokale zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und des Friedens in Georgien einsetzt.

<sup>90</sup> DW Akademie, „[Call for application: Content production grants](#)“, 20. September 2023.



Es sei darauf hingewiesen, dass georgische Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter das Human Rights Center, kürzlich von lokalen Medien wegen der Art ihrer Zusammenarbeit mit der EU angegriffen wurden.<sup>91</sup> Die Medienberichte, die sich auf Informationen des Europäischen Parlaments stützten, behaupteten, dass große Summen bereitgestellt würden, um „Unruhen zu schüren“, und erwähnten dabei insbesondere das ConMeCo-Projekt (siehe oben).

### 3.1.2 Moldau

Die Lage in Moldau steht im Mittelpunkt des jüngsten EAD-Jahresberichts über die Bekämpfung von FIMI. In dem Bericht wird festgestellt, dass die Operationen Russlands darauf abzielen, „die demokratischen Prozesse zu untergraben und die EU-Erweiterung zu sabotieren, indem die europäische Integration als Bedrohung für die wirtschaftliche und politische Souveränität Moldaus dargestellt wird. In FIMI-Narrativen wurde behauptet, die EU-Mitgliedschaft würde das Land zu einem abhängigen, vom Ausland kontrollierten Staat machen. Diese Botschaften wurden durch Vorwürfe von Wahlbetrug und die Delegitimierung der Führung untermauert ...“<sup>92</sup>

In einer speziellen Entschließung forderte das Europäische Parlament die EU nachdrücklich auf, „die Zusammenarbeit mit der Republik Moldau durch gezielte Maßnahmen weiter zu verstärken, um die Widerstandsfähigkeit des Landes gegenüber hybriden Bedrohungen zu erhöhen, unter anderem durch die Verbesserung der strategischen Kommunikation über die EU, die Unterstützung von Journalisten und der Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung von Desinformation, die Förderung unabhängiger russischsprachiger Medieninhalte“, und „die Medienkompetenz und die Unabhängigkeit der Medien“ in Moldau „zu unterstützen“.<sup>93</sup>

Heute gibt es eine Vielzahl von EU-finanzierten Projekten, die sich gegen manipulative Kampagnen richten, die auf Moldau abzielen. „**Top-down- und Bottom-up-Resilienzaufbau in Moldau**“ (2025–2027), ein weiteres Projekt, das im Rahmen des Regionalen Kommunikationsprogramms für die östlichen Nachbarländer der EU durchgeführt wird, soll die Widerstandsfähigkeit der einheimischen jungen Menschen (im Alter von 16 bis 30 Jahren) und die Fähigkeit öffentlicher Institutionen stärken, effektiv und transparent zu kommunizieren. Der Titel des Projekts erklärt sich aus der Kombination zweier sich ergänzender Ansätze. Im Mittelpunkt des ersten Ansatzes stehen Basisinitiativen zur Verbesserung der Medienkompetenz, insbesondere bei jungen Menschen, durch Journalismus, Aufklärung über FIMI-Taktiken, -Techniken und -Verfahren (TTPs) durch geschulte Peer-Mentorpersonen oder „Desinfo-Gurus“ sowie

<sup>91</sup> Human Rights Center, „[Human Rights Center Statement on Another Disinformation Campaign Against Georgian Civil Society Organizations](#)“, 17. Juli 2025.

<sup>92</sup> EAD, „[3rd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats – Exposing the architecture of FIMI operations](#)“, März 2025, S. 30.

<sup>93</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2024 zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau gegen die Einflussnahme Russlands im Vorfeld der anstehenden Präsidentschaftswahl und eines Verfassungsreferendums über die Integration in die EU (2024/2821(RSP)), Absatz 18.



Unterstützung für regionale Medien.<sup>94</sup> Zu Beginn wurden Studierende, junge Lehrkräfte, Bloggende und Content-Erstellende eingeladen, die „an Wahrheit, Transparenz und Bildung glauben, und entschlossen sind, gegen Desinformation zu kämpfen“, und bereit sind, zukünftige Mentorpersonen zu werden.<sup>95</sup> Der zweite Ansatz richtet sich an Staatsbedienstete und soll ihre strategischen Kommunikationsfähigkeiten verbessern, damit sie der Bevölkerung die öffentliche Politik besser erklären können.<sup>96</sup> Das Projekt wird von GLOBSEC umgesetzt, einer Think-Tank-artigen ZGO mit Sitz in der Slowakei, die sich für die Verbesserung der Sicherheit, des Wohlstands und der Nachhaltigkeit in Europa einsetzt.<sup>97</sup> Der Durchführungspartner in Moldau ist die Association Media-Guard, eine in Chișinău ansässige ZGO.<sup>98</sup>

Ein anderes Projekt des Regionalen Kommunikationsprogramms trug den Titel „**Unterstützung unabhängiger Medien und von Informationsresilienz (SIMIR) in Moldau**“ (2022–2023). SIMIR wurde von der internationalen ZGO Internews umgesetzt und trug durch die Unterstützung unabhängiger Medien und die Förderung lokaler Stimmen zur Stabilität bei, indem es die Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation verbesserte. Im Wesentlichen wurden rund 20 moldauischen Medien Notfallzuschüsse gewährt, damit sie ohne Unterbrechung glaubwürdige Inhalte für die Öffentlichkeit produzieren konnten. Es war auch eines von mehreren Projekten zur Modernisierung des moldauischen Audiovisuellen Rats, der nationalen Medienaufsichtsbehörde, um „die Medienüberwachung zu verbessern und im Rahmen der Programmgestaltung besser auf Lücken bei öffentlich bedeutsamer Desinformation reagieren zu können“.<sup>99</sup> Da die Medienaufsichtsbehörden in Moldau und anderen Ländern der Region politische Institutionen sind und um ihre fragile Unabhängigkeit nicht zu gefährden, umfasst die EU-Hilfe einen Mechanismus für technische Unterstützung, der es den nationalen Aufsichtsbehörden ermöglicht, ihre Aufgaben fachkundig und präzise wahrzunehmen, beispielsweise durch die Bereitstellung von Software und Überwachungsausrüstung.

Die Bekämpfung von Desinformation und die Förderung des kritischen Denkens sind auch wichtige Themen eines weiteren laufenden Projekts mit dem Titel „**Resiliente Medien für informierte Bürger**“ (2024–2025).<sup>100</sup> Dieses Projekt wird von der tschechischen ZGO People in Need umgesetzt, die „auf den Idealen des Humanismus, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität gegründet“ ist.<sup>101</sup> Insbesondere soll es „die Interessenvertretung und die organisatorischen Managementkapazitäten der Association of Independent Press (API) stärken, um effektiv auf die sich wandelnden Herausforderungen und Bedürfnisse der unabhängigen Medien in der Republik Moldau reagieren zu können“.<sup>102</sup>

---

<sup>94</sup> EU Neighbours East, „[Top-down and bottom-up resilience-building in Moldova](#)“, ohne Datum.

<sup>95</sup> Media-Guard, „[Media-Guard te invită să te înscrii la Tabără de Reziliență Informațională pentru Tineri](#)“ (Media-Guard lädt dich ein, dich für das Information Resilience Camp for Youth zu bewerben), 4. Juli 2025.

<sup>96</sup> EU Neighbours East, „[Top-down and bottom-up resilience-building in Moldova](#)“, ohne Datum.

<sup>97</sup> GLOBSEC, „[Who we are](#)“, ohne Datum.

<sup>98</sup> Media Guard, „[Despre noi](#)“ (Über uns), ohne Datum.

<sup>99</sup> EU Neighbours East, „[Supporting Independent Media and Information Resilience \(SIMIR\) in Moldova](#)“, ohne Datum.

<sup>100</sup> EU Neighbours East, „[Resilient Media for Informed Citizens](#)“, ohne Datum.

<sup>101</sup> People in Need, „[About us](#)“, ohne Datum.

<sup>102</sup> API, „[Independent Media and Resilience for Informed Citizens](#)“, ohne Datum.



Zu den Zielen gehören die Verbesserung der Fähigkeiten des API-Teams im Bereich Interessenvertretung, der Ausbau der Kapazitäten der API zur Überwachung und Bewertung von Projekten sowie die „Gewinnung neuer Mitglieder und Finanzmittel durch die Entwicklung und Verteilung von Werbematerialien und die Organisation von Treffen mit unabhängigen Medien und Spendern“.<sup>103</sup> Dieser Ansatz gipfelte in der Veröffentlichung einer „Strategie zur institutionellen Entwicklung und Interessenvertretung für 2025 – 2029“ durch die API, „wodurch sie ihre Rolle als führende Organisation zur Unterstützung unabhängiger Medien in der Republik Moldau bekräftigte“.<sup>104</sup>

### 3.1.3 Ukraine

Laut dem EAD „bleibt die Ukraine das Hauptziel russischer FIMI-Angriffe“.<sup>105</sup> Tatsächlich profitiert die Ukraine am meisten von den Bemühungen der EU, die Resilienz ihrer Bevölkerung und Behörden gegenüber FIMI zu stärken. Allein im Jahr 2023 berichtete der EAD über Projekte im Wert von über 30 Millionen Euro, mit denen die ukrainische Zivilgesellschaft, die Medien und das Zentrum für strategische Kommunikation und Informationssicherheit (CSC) der Regierung dabei unterstützt werden sollen,<sup>106</sup> Desinformation und Propaganda entgegenzuwirken.<sup>107</sup>

In ihren gemeinsamen Sicherheitsverpflichtungen vom Juni 2024 vereinbarten die Europäische Union und die Ukraine insbesondere, die Zusammenarbeit im Bereich der Widerstandsfähigkeit gegenüber hybriden und Cyber-Bedrohungen sowie im Bereich FIMI zu verstärken.<sup>108</sup>

Ein Beispiel für EU-geförderte Projekte lautet „**Stärkung der Informationsresilienz in der Ukraine**“ (2024–2025), mit dem die Aktivitäten der in Kiew ansässigen ZGO Ukraine Crisis Media Center (UCMC) unterstützt wurden.<sup>109</sup> In Zusammenarbeit mit dem International Practitioners’ Partnership Network, oder PractNet, (Estland)<sup>110</sup> wurden durch die Veröffentlichung von Artikeln, Podcasts und kurzen YouTube-Videos, in denen Propaganda und ihre Auswirkungen erklärt wurden, hybride Bedrohungen aus Russland überwacht und analysiert, Desinformation entlarvt und ukrainische Narrative gefördert. Es wurden auch Sensibilisierungskampagnen durchgeführt, darunter Fachgespräche, Runde

---

<sup>103</sup> Ebd.

<sup>104</sup> People in Need, „Independent Press, Strengthened by Strategy: API Launches the 2025–2029 Development Plan with Support from the European Union“, 27. Juni 2025.

<sup>105</sup> EAD, 3rd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats – Exposing the architecture of FIMI operations, März 2025, S. 9.

<sup>106</sup> Siehe: Centre for Strategic Communication and Information Security.

<sup>107</sup> EAD, EU support to information resilience in Ukraine, 1. Oktober 2023.

<sup>108</sup> Europäischer Rat, „Joint security commitments between the European Union and Ukraine“, 27. Juni 2024.

<sup>109</sup> UCMC, „Who we are“.

<sup>110</sup> Das International Practitioners’ Partnership Network (PractNet) ist eine gemeinnützige Organisation, die Schulungs- und Beratungsprogramme entwickelt und durchführt, um die Erfahrungen Estlands mit dem demokratischen Wandel mit EU-Partnerländern zu teilen, wobei sie sich auf den Aufbau von Kapazitäten für strategische Kommunikation, die Entwicklung von Resilienz und die Bekämpfung ausländischer Manipulation und Desinformation spezialisiert hat. Siehe: „Who We Are“, ohne Datum.



Tische und Strategiesitzungen mit Aktivistinnen und Aktivisten, Staatsbediensteten und Bürgerinitiativen, um Fachwissen auszutauschen und Bedrohungen entgegenzuwirken. Zu den diskutierten Themen gehörten die europäische Integration<sup>111</sup> und die russische Propaganda zu bestimmten Fragen des nationalen Erbes.<sup>112</sup> Auf der Grundlage der vom UCMC durchgeföhrten Studie zur Entlarvung von Mythen rund um gemeinsame historische Ereignisse und Entwicklungen im Süden und Osten der Ukraine<sup>113</sup> wurden auch eine Reihe von Bildungsveranstaltungen durchgeführt. Der wichtigste Forschungszweig des UCMC ist die Hybrid Warfare Analytical Group (HWAG), die Bewertungen von Propaganda auf der ganzen Welt liefert.<sup>114</sup> Ein Teil des UCMC befasst sich mit Uchoose.info, einer Webressource zur Förderung des kritischen Denkens, zur Bekämpfung von Fehlinformationen und zur Förderung von MIK. Sie bietet leicht verständliche Erklärungen und versucht, die Ängste der Öffentlichkeit zu besänftigen und Unwahrheiten und populistische Narrative zu entkräften.<sup>115</sup>

Das Estnische Zentrum für internationale Entwicklung (ESTDEV), eine staatliche Einrichtung zur Förderung relevanter Regierungsziele, arbeitete mit dem UCMC in einem weiteren Projekt zur Bekämpfung von FIMI zusammen. Zu den Zielen dieses Projekts mit dem Titel „**Unterstützung der Bemühungen der Ukraine zur Bekämpfung von Desinformation**“ (2022–2024)<sup>116</sup> gehörte die Stärkung der Kompetenz der Mitarbeitenden des CSC, das im März 2021 gegründet wurde. Laut dessen Website, die mit Unterstützung eines anderen EU-finanzierten Projekts erstellt wurde, ist das CSC einer der wichtigsten Mechanismen zur Bekämpfung von FIMI in der Ukraine, insbesondere von Informationsangriffen durch die Russische Föderation.<sup>117</sup> Die Ziele dieses Projekts wurden durch drei Hauptaktivitäten erreicht:

- 1) Aufbau von Kapazitäten zur Bekämpfung feindlicher ausländischer Desinformationsnarrative
- 2) Unterstützung der Entwicklung starker Partnerschaften zwischen der Ukraine, Estland und anderen EU-Mitgliedsstaaten, um eine konsolidierte Reaktion auf feindliche Desinformation zu fördern
- 3) Verbesserung des Zugangs zu Informationen, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber feindlichen Desinformationsnarrativen zu stärken

Das Projekt des Europarates „**Wahrung der Meinungsäußerungs- und Medienfreiheit in der Ukraine – Phase II**“ (SFEM-UA – Phase II) zielt darauf ab, den dringenden Bedürfnissen der wichtigsten ukrainischen Medienakteure im Kontext des anhaltenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und in der Nachkriegszeit gerecht zu werden.

---

<sup>111</sup> UCMC, „European integration: complex issues explained in simple terms“, 7. Juni 2024; „Ukraine – EU: what has been done on the path to the EU, and how to tell people about our goal“, 18. Mai 2024.

<sup>112</sup> Ukraine Crisis Media Center, „Manipulating the Past: Do Russian Propaganda Myths about Zaporizhzhia and the Region Live on Today?“, 1. Juli 2025; „The history of Dnipro and Sicheslavshchyna proves the falsity of pro-Moscow myths“, 29. Mai 2025.

<sup>113</sup> UCMC, „What history says: experts refute Russian myths“, 24. Juni 2024.

<sup>114</sup> UCMC, „Hybrid Warfare Analytical Group“, ohne Datum.

<sup>115</sup> UCMC, *2024 Ukraine Crisis Media Center Annual Report*, S. 4f.

<sup>116</sup> ESTDEV, „Support to Ukraine's Efforts in Tackling Disinformation“, ohne Datum.

<sup>117</sup> Siehe Centre for Strategic Communication and Information Security, „About us“, ohne Datum.



Insbesondere unterstützt es die Weiterentwicklung der europäischen Normen und der Mediengesetzgebung in der Ukraine im Rahmen ihres Beitrittsprozesses. Das Projekt ist die Fortsetzung einer vierjährigen Initiative, die im Rahmen des Aktionsplans 2023–2026 des Europarates für die Ukraine mit dem Titel „Widerstandsfähigkeit, wirtschaftliche Erholung und Wiederaufbau“ ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen des Projekts wurden rund ein Dutzend Rechtsgutachten von Fachleuten des Europarates erstellt,<sup>118</sup> während gleichzeitig die Medienaufsichtsbehörde, der Nationale Rat für Fernsehen und Hörfunk der Ukraine, unterstützt wurde. Der Schwerpunkt des Projekts liegt auf dem Aufbau von Regulierungskapazitäten und der Verabschiedung notwendiger politischer Maßnahmen, insbesondere solcher, die in Kriegszeiten gelten, im Einklang mit den Normen des Europarates und den Regulierungstrends der EU.

Neben dem Hauptziel der Phase II, die Regulierung weiter zu stärken, konzentriert sich das Projekt auch auf die Förderung der Unabhängigkeit und Pluralität der Medien durch die Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Journalisten, die Unterstützung einer vielfältigen und unabhängigen Medienlandschaft und die Verbesserung des Medienumfelds durch die Stärkung der Medienkompetenz und der Resilienz gegenüber Desinformation.

Im Rahmen dieser Komponente werden Medienfachleute unterstützt, wobei ein besonderes Augenmerk auf der Entwicklung neuer Fähigkeiten und Kompetenzen im Bereich Medienmanagement sowie der Produktion von Inhalten liegt. Lokale und hyperlokale Medien erhalten technische und fachliche Unterstützung, damit sie auch in Kriegszeiten effektiv arbeiten können.

Darüber hinaus werden ukrainische Journalistinnen und Journalisten und medienbezogene Zivilgesellschaftsorganisationen gezielt unterstützt, um der russischen Propaganda entgegenzuwirken und Initiativen zur Medienkompetenz voranzutreiben. Auch die fachliche und technische Unterstützung für die internen Verwaltungs- und Regulierungsstrukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalters **UA:PBC** wird fortgesetzt, um dessen Unabhängigkeit zu wahren, seine operative Effizienz zu steigern und seine langfristige Nachhaltigkeit zu gewährleisten.<sup>119</sup>

## 3.2 Westliche Balkanstaaten

Die Verbreitung feindlicher Desinformationsnarrative nimmt auch in diesem Teil Europas zu. In einer Mitteilung der Europäischen Kommission heißt es: „Besonders wirksam sind diese in Serbien, wo ein Teil der lokalen Medien und mehrere etablierte politische Kräfte prorussische Narrative [sic] verbreiten, auch in der gesamten Westbalkanregion. Trotz erheblicher Anstrengungen ist die Widerstandsfähigkeit gegenüber diesen Bedrohungen aufgrund schwach ausgeprägter Medienkompetenz, des geringen Vertrauens in

---

<sup>118</sup> Siehe [Council of Europe Legal Opinions and Policy Advice Documents](#).

<sup>119</sup> Europarat, „[Safeguarding Freedom of Expression and Freedom of the Media in Ukraine – Phase II](#) (SFEM-UA – Phase II)“, ohne Datum.



Institutionen, des nur begrenzt vorhandenen unabhängigen und professionellen Journalismus und eines geringen Maßes an Medienfreiheit nach wie vor schwach.“<sup>120</sup>

Bosnien und Herzegowina war eines der Pilotländer des globalen Projekts „**Social Media 4 Peace (SM4P)**“ (2021–2024). Das von der EU finanzierte und von der UNESCO durchgeführte Projekt sollte die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaften gegenüber schädlichen Online-Inhalten wie Desinformation und Hassrede stärken und gleichzeitig die Meinungsäußerungsfreiheit schützen und durch soziale Medien zu Friedensnarrativen beitragen.<sup>121</sup> Wie in anderen Pilotländern umfasste dies auch die Gründung einer nationalen Koalition für Meinungsäußerungsfreiheit und Inhaltsmoderation im Jahr 2023. Die Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und digitalen Plattformen zu fördern und sich für einen angemesseneren und transparenteren Umgang mit schädlichen Inhalten einzusetzen, um den Stimmen der lokalen Gemeinschaften in Bosnien und Herzegowina mehr Einfluss zu verschaffen. Bei ihrer Gründung brachte sie 17 zivilgesellschaftliche Organisationen, akademische Einrichtungen, Journalistenverbände, Selbstregulierungsgremien der Medien, Medienverbände, Aktivistinnen und Aktivisten, MIK-Organisationen sowie Menschenrechtsverteidigende und -fachleute zusammen.<sup>122</sup>

Dieses Projekt umfasste auch die Veröffentlichung eines Leitfadens zur Moderation von Inhalten und zur Meinungsäußerungsfreiheit durch die in London ansässige ZGO ARTICLE 19. Angesichts der Diskrepanz zwischen den Praktiken der Technologiegiganten und jenen der lokalen Gemeinschaften enthält das Handbuch konkrete Beispiele und Fälle, um die verschiedenen Normen und Richtlinien im Zusammenhang mit der Moderation von Inhalten zu veranschaulichen. Es spiegelt die langjährige Forderung von ARTICLE 19 wider, dass Maßnahmen gegen problematische Inhalte wie Desinformation stets den internationalen Normen zur Meinungsäußerungsfreiheit entsprechen müssen.<sup>123</sup> Beinahe zur selben Zeit veröffentlichte die UNESCO, ebenfalls im Rahmen dieses Projekts, einen Bericht über die rechtlichen Rahmenbedingungen und Praktiken der Inhaltsmoderation von Social-Media-Plattformen.<sup>124</sup>

Das SM4P-Projekt wurde durch ein Projekt mit dem Titel „**Aufbau von Vertrauen in die Medien in Südosteuropa: Unterstützung des Journalismus als öffentliches Gut**“ (2023–2026) abgelöst. Das von der UNESCO in den westlichen Balkanstaaten und Türkei durchgeführte Projekt zielt darauf ab, durch „die Anerkennung des Journalismus als öffentliches Gut und die Bekämpfung von Desinformation“, „die Stärkung [...] der Verbreitung korrekter Informationen durch eine vermehrt rechtsbasierte Regulierung digitaler Plattformen und von Online-Medien“ und die Integration von Maßnahmen zur

<sup>120</sup> Europäische Kommission, [Mitteilung 2023 über die Erweiterungspolitik der EU](#), Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM(2023) 690 final, 8. November 2023.

<sup>121</sup> UNESCO, „[Social Media 4 Peace](#)“, ohne Datum.

<sup>122</sup> UNESCO, „[UNESCO supports the launch of a Coalition for Freedom of Expression and Content Moderation in Bosnia and Herzegovina to create a free and healthy online environment for citizens](#)“, 20. Juni 2023.

<sup>123</sup> ARTICLE 19, „[Social Media 4 Peace: A handbook to support freedom of expression](#)“, 24. August 2023.

<sup>124</sup> UNESCO, „[New report published by UNESCO sheds light on the efficiency of self-regulatory and regulatory framework in place to curb online harmful content in Bosnia and Herzegovina, Kenya, and Indonesia](#)“, 20. September 2023.



Medien- und Informationskompetenz in die formale Bildung freie, unabhängige und pluralistische Medien zu fördern.<sup>125</sup>

Das Projekt „**Bekämpfung von Desinformation auf dem Westbalkan (CDWB)**“ (2022–2024) befasste sich speziell mit der Bekämpfung von FIMI. Es erstreckte sich auf Bosnien und Herzegowina, den Kosovo<sup>126</sup>, Montenegro und Serbien und sollte den Einfluss von Desinformation in der Region durch die Kombination von vier Ansätzen mindern: 1) Analyse von Desinformationsmustern und Verbesserung der Integrität und Rechenschaftspflicht der Medien; 2) Sensibilisierungskampagnen und Medienkompetenz; 3) Verbesserung der gesetzlichen Regulierung; 4) Förderung von Fähigkeiten zur Überprüfung von Fakten.<sup>127</sup> Koordiniert wurde das Projekt von der in Brüssel ansässigen European Partnership for Democracy (EPD), einem Netzwerk von Organisationen, „mit einem weltweiten Auftrag zur Förderung der Demokratie“ und die Umsetzung erfolgte durch die Agence française de développement médias (CFI), ARTICLE 19, Club de Madrid (alle Mitglieder der EPD) und lokalen zivilgesellschaftlichen Partnern wie dem Atlantic Council of Montenegro (ACM), dem Centre for Civic Initiatives (CCI) in Bosnien und Herzegowina, dem Center for Research, Transparency and Accountability (CRTA) in Serbien und der New Social Initiative (NSI) im Kosovo.<sup>128</sup> Im Rahmen des Projekts wurden vier nationale Bürgerversammlungen abgehalten, die als „wichtiges innovatives Instrument zur Unterstützung der Demokratie und zur Bekämpfung von Desinformation auf dem Westbalkan“ vorgestellt wurden. Die Durchführungspartner entwickelten einen umfassenden Fahrplan für die regionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Desinformation, der neun zentrale Herausforderungen und 36 umsetzbare Punkte enthielt.<sup>129</sup>

### 3.3 Türkiye

Neben dem Projekt „Aufbau von Vertrauen in die Medien in Südosteuropa: Unterstützung des Journalismus als öffentliches Gut“ (siehe oben) wurden in Türkiye mehrere weitere Projekte durchgeführt. Das Projekt „**Frühwarnsystem zur Bekämpfung von Fake News und Hassrede (SAHNE)**“ (2021–2024) zielte darauf ab, Mechanismen zu entwickeln, um die Öffentlichkeit und relevante Interessengruppen über die schädlichen Auswirkungen von Hassrede und Fake News zu informieren. Es wurde von der Türkiye Europe Foundation (TAV) umgesetzt, einer türkischen ZGO, die gegründet wurde, „um die gemeinsamen Werte der Menschheit und in diesem Rahmen die Grundsätze der Menschenrechte, der Demokratie, der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit zu schützen und zu entwickeln“.<sup>130</sup> Die TAV und ihre

---

<sup>125</sup> UNESCO, „Building Trust in Media in South-East Europe: Support to Journalism as a Public Good“, 17. Oktober 2023.

<sup>126</sup> Diese Bezeichnung ist unbeschadet der Standpunkte zum Status zu verstehen und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

<sup>127</sup> EPD, „CDWB: Combating Disinformation in the Western Balkans“, ohne Datum.

<sup>128</sup> EPD, „Who we are“, ohne Datum.

<sup>129</sup> EPD, „Combatting Disinformation in the Western Balkans: Final Conference“, Oktober 2024.

<sup>130</sup> TAV, „About Türkiye Europe Foundation (TAV)“, ohne Datum.



Partner erstellten Berichte<sup>131</sup>, die sich mit dem Erkennen von Falschnachrichten, Desinformation und Hassrede mithilfe künstlicher Intelligenz (KI) mit der sozialen Polarisierung befassten. Diese Identifizierung, die auf der Erkennung von Schlüsselwörtern und der Überwachung von Konten im Rahmen von definierten Kategorien basierte, wurde auf verschiedenen Social-Media-Plattformen durchgeführt, insbesondere auf X (Twitter). Bei dem in den Erkennungsalgorithmus integrierten Frühwarnsystem lag der Schwerpunkt auf der Art und Weise und Geschwindigkeit, auf die und mit der Hassrede und Desinformation in Sozialen Medien verbreitet werden. Im Rahmen des Projekts wurden auch Schulungsprogramme für lokale Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen entwickelt, um zur Verhütung von Hassrede beizutragen, und es wurden Zuschüsse zur Unterstützung der sozialen Friedensförderung bereitgestellt.<sup>132</sup>

Etwa zur gleichen Zeit wurde ein weiteres Projekt mit dem Titel „Nutzung digitaler Technologien für sozialen Zusammenhalt, positive Botschaften und Frieden durch Förderung von Zusammenarbeit, Austausch und Solidarität“ (2022–2025) von der Hrant-Dink-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung (Deutschland) und zwei Universitäten in Türkiye umgesetzt. Ziel des Projekts war es, eine Partnerschaft zwischen Fachleuten aus den Bereichen Linguistik, Computerwissenschaften, Informatik und Sozialwissenschaften sowie der Zivilgesellschaft in Türkiye aufzubauen, um Hassrede, Diskriminierung und Desinformation im digitalen Raum zu bekämpfen.<sup>133</sup> Zu den Aktivitäten gehörten eine Reihe von Sensibilisierungs- und Kapazitätsaufbau-Seminaren (etwa zum Zusammenhang zwischen Verschwörungstheorien und Desinformation, zu grundlegenden Fähigkeiten zur Verifizierung digitaler Informationen, zum algorithmischen Design, zur digitalen Kompetenz und dazu, wie man zu einem Influencer für Faktenprüfung wird) sowie die Entwicklung einer Open-Source-Software zur Erkennung von Hassrede und die Produktion von Podcasts und Multimedia-Produkten.<sup>134</sup>

---

<sup>131</sup> bianet, „[Media plays a role in the spread of hate speech](#)“, 24. Juli 2024.

<sup>132</sup> Siehe: [SAHNE Homepage](#).

<sup>133</sup> Hrant Dink Foundation, „[Utilizing Digital Technology for Social Cohesion, Positive Messaging and Peace by Boosting Collaboration, Exchange and Solidarity](#)“, ohne Datum.

<sup>134</sup> Hrant Dink Foundation, „[Activities](#)“, ohne Datum.



## 4. Schlussfolgerungen

Abschließend lässt sich feststellen, dass in den letzten zehn Jahren in europäischen Strategiepapieren Desinformation und FIMI nicht nur als Herausforderung für Medien und Kommunikation, sondern auch als ernsthafte Sicherheitsbedrohung anerkannt wurden, die umfassende Gegenmaßnahmen und „Prebunking“ erfordert.<sup>135</sup> Der Strategische Kompass erinnert den Europäischen Auswärtigen Dienst der EU daran, dass es weltweit zahlreiche Situationen gibt, in denen die Union mit hybriden Taktiken, Einschüchterung und Zwang konfrontiert ist. Die Instrumente der Macht sind nicht nur Soldaten, Panzer und Flugzeuge, sondern auch Desinformation und Verfahren zur ausländischen Einmischung.<sup>136</sup>

Die Gegenmaßnahmen, die im zweiten Teil dieses Forschungsberichts erläutert werden, weisen auf bestimmte erkennbare Muster hin, die sich in den Regionen des erweiterten Europas häufig wiederholen. Von der EU unterstützte externe Projekte fallen meist unter die Bereiche „Resilienzaufbau“ und „Lagebewusstsein“ des FIMI-Toolkits.

Resilienz wird in der Regel durch folgende Maßnahmen aufgebaut: öffentliche Kampagnen und Veranstaltungen; Schulungen, insbesondere für junge Menschen; Unterstützung durch unabhängige Medien und Faktenprüfende; die Schaffung von Netzwerken aus FIMI-Bekämpfenden und „Gurus“; sowie Aktivitäten zur Förderung der Medien- und Informationskompetenz, auch im Rahmen von Lehrplänen der formalen Bildung.

Lagebewusstsein wird erreicht durch: die Einführung eines gemeinsamen Rahmens und einer gemeinsamen Methodik zur Aufdeckung und Analyse von FIMI; die Überwachung bösartiger Kampagnen mithilfe gemeinsamer Instrumente; den Informationsaustausch und die Folgenabschätzung im Interesse sowohl der EU als auch der Partnerländer.

„Disruption und Regulierung“ sowie „Außenpolitik der EU“ spielen als zwei weitere Bereiche ebenfalls eine Rolle, obwohl sie nicht projektbezogen sind. Demgegenüber scheint das EMFA mit seinem Schwerpunkt auf den europäischen Qualitätsgrundsätzen für Mediendienste im Rahmen der externen Projektaktivitäten eher eine peripherie Rolle zu spielen. Das Potenzial des Gesetzes zur Festlegung von Normen ist jedoch ebenso groß wie seine Fähigkeit, europäische Werte zu fördern und FIMI-bezogenen Aktivitäten im Ausland entgegenzuwirken.

---

<sup>135</sup> Kovalčíková, N., De Agostini, L. und Catena, B., *Strengthening resilience in the East: How the EU can empower countries against foreign interference*, Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, April 2025.

<sup>136</sup> EAD, *A Strategic Compass for Security and Defence* (ein Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis 2030), gebilligt vom Rat am 21. März 2022, S. 5.

Eine Publikation  
der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle

